

Bürokratieabbau-Kommunikation zu vage - KMU erwarten verbindliche Entlastung

Zur heute von der EU-Kommission veröffentlichten "Mitteilung zu einem einfacheren, klareren & besser durchgesetzten EU-Regelwerk" erklären die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM Europe), Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU):

„Einfache schlanke Gesetze und schnelle Umsetzung sind einer der fundamentalsten Schlüsselfaktoren, um Mittelständler mit einer guten Geschäftsidee und Motivation hier in Europa zu halten. Unsere europäische Wettbewerbsfähigkeit hängt wesentlich davon ab, ob die EU-Institutionen - aber auch die Mitgliedsstaaten - es gemeinsam schaffen, hier für unseren Mittelstand zu liefern. Wir brauchen Klartext: Schon im Vorwort der heute veröffentlichten Kommunikation müssten die schockierenden Zahlen zu den für europäische KMU gravierenden Compliance-Kosten klar benannt werden. In einem Bericht von Dezember 2025 etwa gibt die OECD an, dass in Europa im Jahr 2023 im Schnitt ganze 3,9% der Gesamtbeschäftigung rechnerisch auf regulatorische Compliance-Aufgaben entfielen. 2011 waren es noch 3,7%. In Australien ist der Anteil nicht nur niedriger, sondern im selben Zeitraum auch weniger stark gestiegen. Und in den USA sind 2023 im Vergleich nur 3,2 % der Beschäftigung mit Compliance beschäftigt. Diese Zahlen müssen sich ändern. KMU brauchen stärkeren Schutz vor neuen Belastungen durch systematische KMU- & Wettbewerbs-Checks, mehr EU-weite Standardisierung und Digitalisierung, sowie den leichteren Zugang zu Fachkräften dank digitaler AI-Bescheinigung und EU-Talent-Pool. Das Ziel ist klar: Die „Terrible Ten“, die zehn größten Bürokratiehindernisse, die KMU im EU-Binnenmarkt grenzüberschreitendes Business erschweren, müssen weg. Dafür trägt die Politik die Verantwortung“, so Marion Walsmann.

„Der EIB-Investmentreport 2024-25 stellt fest, dass 86 % der EU-Unternehmen Personal für regulatorische Compliance beschäftigen. Das kostet sie im Schnitt 1,8 % des Umsatzes - bei KMU satte 2,5 %. Kristalina Georgieva, geschäftsführende Direktorin des IWFs, bringt es auf den Punkt: Wir brauchen einen tiefgreifenden „regulatorische Hausputz“ um die veralteten Vorschriften zu beseitigen, die der Wirtschaft mehr schaden als nützen. Dabei müssen in heutiger Kommunikation einige Punkte klarer benannt werden. Wenn etwa das Regulatory Scrutiny Board den ersten Entwurf eines Impact Assessments, besonders im Rahmen des KMU-Tests, als unzureichend bewertet, muss sichergestellt sein, dass die zuständige Kommissions-Generaldirektion verpflichtet ist, ihren Vorschlag nach klaren Kriterien zu überarbeiten. Nur so werden neue EU-Gesetze KMU nicht unverhältnismäßig stark belasten können. Dabei sollen die 12-Wochen Konsultationszeiträume nur in genau begründeten Ausnahmefällen auf sechs Wochen reduziert werden dürfen. Die Standardisierung von Folgenabschätzungen mit systematischer Erfassung kumulativer Befolgungslasten sind essenziell. Die Revision der Better Regulation Toolbox ist für KMU die letzte Notbremse gegen eine potenzielle neue bürokratische Verpflichtungslawine. Was fehlt noch im Entwurf? Die EU-Arbeitsrechtspolitik bleibt leider außen vor. Dabei wäre es beim Gesetz für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, welches die Kommission ursprünglich für Ende 2026 angekündigt hatte, besonders wichtig, KMU mitzudenken, statt neue Doppelregulierung zu schaffen. Wo bleiben die 35% KMU-Bürokratiereduktion?“, so Markus Ferber.